

Deutsche dürfen an die Front

Doch müssen sie sich künftig mit der entscheidenden Frage quälen: Wo, wie und warum?

Von Josef Joffe

Nun darf die Bundeswehr in Somalia bleiben, wenn das Parlament es so will, und womöglich sind in der SPD ebenso viele Seufzer der Erleichterung zu hören wie im Regierungslager. Karlsruhe hat die Sozialdemokraten sachte von einem äußerst unbequemen Ast geholt. Ein starres Nein zu out of area, abgestützt durch das Korsett eines vermeintlichen Verfassungsverbots, läßt sich mit gutem Gewissen nicht mehr durchhalten. Humanitäre Hilfe, Friedenswiederherstellung, der Schutz von Menschenleben - und all das nicht aus schnödem nationalem Interesse, sondern im Namen der Weltgemeinschaft - gehören nun mal zum sozialdemokratischen Kanon wie der Papst zur römischen Kirche.

Nur werden es alle Parteien fürderhin schwerer haben. Die Gegner deutscher Einsätze müssen nun in der Sache argumentieren; die Befürworter auch. Bisher war auf der Regierungsseite der Einsatz in Kambodscha, Bosnien oder Somalia mehr Mittel denn Zweck. Die Bonner wollten so per Allergietherapie, Dosis um Dosis, die Einsatzfähig-

keit herstellen und zugleich den Verbündeten demonstrieren: Seht her, wir sind doch keine außenpolitischen Eunuchen. Jetzt aber steht nicht das Darf, sondern das Soll auf dem Programm, und zwar im öffentlichen Raum namens Parlament.

Dabei gibt Somalia ein treffliches Lehrbeispiel ab. Am Anfang glaubten Washington, Bonn und all die anderen, daß Somalia ein verlängerter Trainingsurlaub in der Wüste sei - rein und raus. Über Kosten und Konsequenzen glaubte niemand nachdenken zu müssen. Jetzt aber enthüllt der Schießkrieg die exemplarische Aufgabe des typischen Friedenseinsatzes: In einer Anarchie müssen zuerst die rivalisierenden Gewaltzentren entmachtet, dann eine glaubhafte Polizeipräsenz etabliert und schließlich eine politische Ordnung aufgebaut werden. Derlei dauert nicht Wochen, sondern Jahre.

Deshalb müssen vor jedem Einsatz vier Fragen debattiert werden. Erstens: Wie groß ist die Chance des Erfolgs; können fremde Armeen überhaupt eine politische Ordnung aus dem Chaos zimmern? Zweitens: Wie hoch sind die Kosten? Drittens: Sind wir be-

reit, die Mittel dazu aufzubringen - auch langfristig -, wenn die Zahl der Zinksärge steigt und steigt? Schließlich die wichtigste Frage: Ist es in unserem Interesse?

Es ist gewiß im Interesse der Bundesrepublik, ihre zerschlissene Reputation für Handlungs- und Verantwortungsfähigkeit wiederherzustellen. Aber damit allein läßt sich noch kein Krieg an fernen Gestaden durchhalten. Im Libanon haben die Amerikaner zuerst geschossen und dann gefragt. Die Antwort lautete vierfach nein, und so sind sie 1984 beschämt abgezogen. Erst seit 1992 herrscht wieder relative Ruhe im Libanon - nach 16 Jahren Krieg aller gegen alle. Nur wenn handfeste strategische Interessen die Intervention leiten, werden die überlegenen Kräfte und die Entschlossenheit aufgeboden, die den Erfolg begünstigen - siehe Irak 1990/91. Karlsruhe hat die Weichen für eine Verantwortungspolitik gestellt, den Parteien aber keinen Gefallen getan, denn sie müssen jetzt entscheiden, was Sache und Interesse der Bundesrepublik sei.